

(Korruptions-) Freier Gemeinderatsklub

GR Mag. Michael Winter
Dringlicher Antrag

An den
Gemeinderat der
Landeshauptstadt Graz

Graz, am 18. Jänner 2023

Betreff: Migrantenquote im Grazer Gemeindebau
Dringlicher Antrag

Immer wieder wenden sich Bewohner des Grazer Gemeindebaus an uns und schildern ihre Erfahrungen und Herausforderungen, mit denen sie auf Grund der Zuwanderungsproblematik konfrontiert sind. Aktuell scheint es einen Brennpunkt rund um die Jauerburggasse zu geben.

Thematisiert werden vor allem Lärmbelästigungen, Müll- bzw. Sauberkeitsproblematik, diverse Konflikte auf Grund der multikulturellen Bewohnerstruktur sowie generell die Überfremdung der Gemeindebauhäuser, die immer häufiger zu Konflikten führt.

Nahezu durchgehend wird geschildert, dass sich Konflikte und Probleme von Jahr zu Jahr verschärfen und an Intensität zunehmen. Eine Besserung der Lage ist für viele Grazer Bürger nicht in Sicht. Eine große Anzahl der Grazer Bürger, die die Häuser des sozialen Wohnbaus ihr Zuhause nennen, fühlen sich von der Politik und mit den bestehenden Problemen nach wie vor im Stich gelassen.

Die verantwortlichen Politiker in der Stadt sind folglich dringend aufgefordert zu handeln sowie die zweifellos existenten Probleme ernst zu nehmen. Der Grazer Gemeindebau darf nicht zu einem gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Brennpunkt in unserer Stadt werden, in dem sich die diversen Konflikte immer weiter ausbreiten.

Schon einmal haben wir die Einsetzung eines parteiunabhängigen Expertengremiums gefordert, das die aktuellen Problematiken und Konfliktfelder im Grazer Gemeindebau ganzheitlich erfasst und in ihren unterschiedlichen Facetten neutral und ungefärbt darstellt. Das wurde von allen anderen Parteien abgelehnt.

Da die Probleme bzw. Konflikte in den Gemeindebauhäusern existent sind und rasant zuzunehmen scheinen, müssen folglich weitergehende Maßnahmen gesetzt werden.

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag
gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Künftig soll bei der Vergabe von Grazer Gemeindebauwohnungen darauf geachtet werden, dass in den jeweiligen Gemeindebauten konsequent eine Migrantenquote von 30 Prozent nicht überschritten wird.